

Heute schon gekürzt?

Streiche Stadteibibliothek statt Sportplatz



Stellen sie sich vor, sie werden unschuldig verhaftet und unschuldig bestraft. Aber sie haben Freunde, die sich für sie einsetzen, mit tollem Ergebnis: Sie bleiben verhaftet, aber sie dürfen sich die Art der Bestrafung aussuchen. Was hat das Ganze mit Essen zu tun?

Die Stadt Essen hat 3 Milliarden € Schulden, kein Bürger kann etwas dafür. Leiden müssen die Bürger seit Jahren darunter und nach den Landtagswahlen wird es noch schlimmer kommen. Aber auch die Bürger haben mächtige Freunde in der SPD, der CDU, den Grünen, der FDP und der EBB. Alle diese

Parteien wissen, dass die Bürger an diesen Schulden nicht schuld sind und was machen sie? Kämpfen sie etwas für die Interessen der Menschen? Nein! Die Bürger sollen jetzt selbst aussuchen dürfen, wie sie unter diesen Schulden leiden wollen. Über das Internet darf man jetzt wählen, wo gekürzt werden soll. Die Millionengeschenke an die Evonik (früher STEAG), die horrenden Zinszahlungen an die Banken, die Verschwendungen bei der Messe oder der Essener Wirtschaftsförderung, die Millionengräber Zollverein und Folkwang stehen nicht zur Debatte.

Das ganze nennt sich nun Bürgerhaushalt. Es kostet auch noch 60.000,- €. Schwachsinn könnte man sagen und zur Tagesordnung übergehen. Aber es steckt ein Sinn dahinter: die unschuldig Bestraften, die Bürger, werden gegeneinander ausgespielt. Ich kürz dir deine Bibliothek, dann bleibt mein Sportplatz. Teile und herrsche, darum geht es. Nun eine Einschränkung müssen wir leider machen – ganz unschuldig sind die meisten Bürger doch nicht: Sie wählen diese Freunde oder gestatten ihnen durch Nichtwahl diese Spielchen.

Die Bürgerliste Nord wird diesem durchsichtigen Spaltungsmanöver eine Bürgerbefragung von unten entgegensetzen. Hier kann formuliert werden was nötig ist, hier werden auch die vergessenen Millionengräber benannt. Die DKP unterstützt diese Vorhaben und wird mit-helfen um die Beteiligung von möglichst vielen Menschen in Essen zu ringen. Sie wollen sich beteiligen!

Hartz IV und Kindergeld: Unbedingt Widerspruch gegen Rückzahlungsforderung der BA einlegen

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert in mehreren hunderttausend Fällen Geld von Hartz IV-Beziehern zurück, weil die Erhöhung des Kindergeldes nicht berücksichtigt wurde. Der Grund: Zum ersten Januar 2010 gab es eine Kindergelderhöhung um 20 Euro. Bei vielen

Eltern ist der Betrag jedoch nicht angerechnet worden. Die BA räumte den Fehler ein, will aber dennoch die Gelder zurück verlangen. Das Erwerbslosen Forum Deutschland rät zu Widerspruch – auch mit anwaltschaftlicher Hilfe – innerhalb von vier Wochen gegen derartige Rück-

forderungsbescheide. Es bestehen begründete Aussichten, dass die BA keinen Anspruch geltend machen kann, da die Eltern auf die Rechtmäßigkeit der Bescheide vertrauen durften. Einen Musterwiderspruch gibt es auf der Internetseite: <http://www.erwerbslosenforum.de>

Überdosis genehmigt

Die Redaktion? Nicht doch, außer manchem Glas Wein zu viel, um die täglichen Nachrichten zu ertragen, haben wir mit Drogen nichts am Hut. Aber Schwein gehabt haben wir. Ist doch keine richtige Pandemie draus geworden, aus der Schweinegrippe. Nur weil was oft wiederholt wird, ist es noch lange nicht richtiger.

Aber seinen Zweck hat's trotzdem erfüllt. Es gab zwar keine Pandemie, aber

dafür einen warmen Geldregen. Für den Hersteller des Impfstoffes nämlich, bei dem eine Überdosis Impfdosen geordert wurden; 25 Mio. zu viel. Dafür hat die Politik, die Gesundheitsminister gesorgt. Sie beschlossen den Millionenschaden bei den Ländern, 210 Millionen Euro kostet das. Wir gehen nicht gleich an Grippe kaputt. Aber am Profit der Pharmakonzerne. Die Krankenkassen fordern Zusatz-

beiträge von uns, damit überteuerte Medikamente – die schon längst in anderer Form günstiger am Markt sind – von den Kassen (von unseren Beiträgen) finanziert werden. Die Arbeitgeber zahlen nichts Und bei uns werden immer mehr Leistungen gestrichen. Statt dessen schmeißen die Politiker den Chef eines Forschungsinstitutes raus, welches die Medikamente auf ihre Wirksamkeit prüft.

Hesse, das Stadion, die Oase, oder ... Die große Verar...e !

Vor einem Jahr warnte die DKP im Rotlicht, dass der Beschluss zum Neubau des RWE-Stadions vielleicht nur Wahlbetrug sei, gemeinsam von CDU, Grünen und SPD. Nun stellt sich heraus, dass die Oase nichts anderes ist. CDU und Grüne beschlossen die Schließung – Bedingung: es muss in räumlicher Nähe einen Ersatz geben. Den gibt es nicht, aber ein schweineteures Spaßbad in Oberhausen. Die SPD hatte im Wahlkampf gar den Erhalt beschlossen und führt nun den Beschluss von CDU und Grünen aus.

An der Haedenkampstraße hat man die Sportvereine verarscht. Versprochene

1,5 Millionen € wurden abgezogen. Die DKP hatte im Gespräch mit dem Verein davor gewarnt. Vielen anderen Vereinen wurde ein Investitionsprogramm von mehreren Dutzend Millionen ? vorgegaukelt, um den Investitionsstau langsam aber sicher abzutragen. Gelogen wurde, dass man durch die Schließungen des Masterplan Sport nun dazu in der Lage sei.

Der Essener Sportbund (ESPO), der angeblich die Interessen der Essener Sportvereine vertritt, half und hilft dieser verlogenen Politik, egal wer sie macht. Und die Sportvereine? Manchmal halten sie zusammen, dann ent-

wickeln sie Stärke, wie in den Anfängen des Kampfes gegen den Masterplan Sport. Dann aber lassen sie sich auch spalten, meist mit Zuckerbrot und Peitsche. Dann sind sie schwach und meist sind sogar die Geschenke (das Zuckerbrot), die einzelnen Vereinen gemacht oder versprochen werden, recht giftige Brocken.

Tabubruch bei die LINKE

Zum ersten Mal stimmte die Mehrheit der Fraktion die LINKE für die Sonntagsöffnungen im Einzelhandel. Das alleine ist schon ein Skandal. Schlimmer noch, zum ersten Mal stimmten diesmal die Grünen geschlossen dagegen. Unsere Empfehlung: Die Befürworter im Rat übernehmen mal die Sonntagsschichten im Einzelhandel. Dann wissen die Befürworter beim nächsten Mal zumindest wie man sich fühlt, wenn man statt bei der Familie zu sein, am Sonntag in den Läden steht. Hinter der Theke.

A 535 wird A 44 – ne schnelle Nummer

Die Hochstufung zur A44 ist alles andere als eine einfache Umbenennung. Sie bestätigt, die Warnungen der Bürgerinitiative gegen die A52. Bei diesen Autobahnplänen geht es um eine Transitautobahn mitten durch Essen, von Vogelheim bis Kupferdreh. Sie verbindet ein Netz von Autobahnen von Münster bis Wuppertal und wird mehrere zehntausend zusätzliche PKW und LKW durch unsere Stadt führen. Noch ist Zeit für Widerstand, aber die ersten Planfeststellungsverfahren sind bereits für 2011 geplant. Gegen den Willen der Bürger ist die Autobahn schwer durchzusetzen, aber dieser Widerstand muss sich jetzt formieren.

Essen schafft Zahl der nötigen Kita-Plätze nicht



Siw Mammitsch
bei der DKP in Essen verantwortlich
für Kinder- und Jugendpolitik

wonach die Kommunen mehr Kita-Plätze zur Verfügung stellen müssen. „Wer bestellt, bezahlt“, doch zu öffentlichem Druck der Kommunen gegenüber Land und Bund konnte sich die damalige Stadtregierung in Essen (CDU und Grüne) nicht durchringen. Die DKP hat's gefordert und tut es immer noch. Bei alleinerziehenden Hartz IV-Beziehern spricht Frau von der Leyen immer wieder von den fehlenden Betreuungsplätzen – aber zahlt nicht dafür.

Essen schafft es nicht, kann die geforderten Kita-Plätze nicht bezahlen. Aber in immer mehr Haushalten müssen beide Elternteile arbeiten um ausreichend Einkommen zu erzielen. Kinder werden nicht nur für Alleinerziehende zur Finanzfrage, wenn man sie nicht unterbringt. Wundert sich da noch einer? Geld ist doch genug da, aber leider nicht für uns und unsere Kinder.

Kinder groß zu ziehen ist schon schwer, Kinder machen dagegen nicht so sehr! Warum wohl entscheiden sich immer mehr junge Frauen gegen ein eigenes Kind?

Der Bund hat ein Gesetz gemacht,

Jetzt will ich auch

- Mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

www.dkp-essen.de E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Einkaufen statt Bahnfahren?

Schon mal im neuen Hauptbahnhof gewesen? Der Einkaufsbereich ist wirklich schön – Hochglanz. Aber ist der Hauptzweck eines Bahnhofs nicht die Abfahrt und die Ankunft? Schon mal auf den Gleisen gewesen? Grau, Grauenhaft, nix verbessert. Es ist ein bisschen so, wie fast alles in der Politik dieser Stadt: Die Schaufenster schön, das was die Menschen am meisten brauchen interessiert nicht. Wir Kommunisten sagen: Im Kapitalismus interessiert leider nur der Profit – manchmal könnte man denken, wir haben recht.

Enteignet die Enteigner!

Von der Staatsverschuldung profitieren die Reichen

Am 04. Januar 2010 titelte die NRZ: „Profitable Staatsschulden“. Deutschland muss sich nämlich 357 Milliarden Euro pro Jahr borgen. Doch wer streicht eigentlich die Zinsen der Staatsverschuldung ein? Die Spur der Profiteure führt zu großen Banken und wohlhabenden Privatiers. Die Last werden einst Rentner und Arbeitslose tragen.

Und so läuft das: Die Banken leihen sich Geld für ein Prozent (!) bei der Notenbank, also dem Staat. Dieses Geld stellen sie dann als Staatsanleihen für einen Zinssatz von 3,25 % dem Staat als Kredit zur Verfügung. Ein bombensicheres und risikoloses Geschäft. Bezahlen tun das alles wir – wir werden enteignet.

Aktuell: Schäuble will 6 Milliarden Euro beschaffen um damit Kurzarbeit, neue Straßen oder vielleicht auch Zuschüsse für die Krankenkassen zu finanzieren. Brauchen Beschäftigte einen Kredit, zahlen sie natürlich höhere Zinsen. Und wenn sie die Schuldenlast z. B. durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Hartz IV erdrückt und sie den Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, dann kassiert die Bank noch mal. Das Haus gehört dann der Bank, das Grundstück, die angesparte Altersvorsorge.

Wir nennen das Enteignung!

Kapitalismus führt zu Krise!

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung, titelte vor wenigen Tagen „Marx hat Recht“. Doch wird die Krise hier, als durch „Gier und Größenwahn“ ausgelöste Schockwelle an den Finanzmärkten interpretiert. Nicht die Raffgier einiger weniger BörsianerInnen und Bankenvorstände ist schuld an der Misere – die Profitlogik der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt immer wieder solche Krisen.

Nicht verzagen Marx befragen

Schon 1848 hatte Marx im Kommunistischen Manifest gefordert: „Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol“. Nichts ist aktueller als diese Forderung. Sie setzt die Entschädigungslose Enteignung aller Privat- und Landesbanken voraus.

DKP fordert:

Zahlen müssen die Schuldigen

Die Kosten der Krise dürfen nicht auf die lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt werden.

Es geht nicht an, einem Patienten,

nämlich dem weltweiten kapitalistischen System, das an innerer Blutung leidet, eine Bluttransfusion nach der anderen zu verabreichen. Denn damit wird er erstens mit Sicherheit nicht gesund und zweitens muss die Allgemeinheit für die hohen Kosten dieser „Behandlung“ aufkommen.

Deswegen fordern wir die Enteignung der Banken und Großkonzerne. Eigentlich fordern wir nichts anderes als die Enteignung der Enteigner.



**Aufruf zur Demo am
20.3.2010 in Essen
Wir zahlen nicht für
Eure Krise!
Zwingen wir die
Profiteure zur Kasse!**

Die Krise des Kapitalismus ist nicht vorbei. Prekär Beschäftigte, MigrantInnen und ihre Familien traf es zuerst. Nun beginnen die Massenentlassungen. Die Krise darf aber nicht aus den Taschen von uns Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen bezahlt werden! Wir sind nicht für diese Krise verantwortlich. Ganz im Gegenteil: Wir sind diejenigen, die Tag für Tag durch unsere Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft schaffen. Dieser Reichtum kommt aber nicht uns zugute. Wir sind diejenigen, die tagtäglich der Gefahr von Erwerbslosigkeit und Armut ausgesetzt sind. In den letzten Jahren hat die Politik immer wieder Unternehmenssteuern gesenkt und Massensteuern erhöht. Der Höhepunkt dieser Politik waren die milliardenschweren Finanzpakete für die Banken. Wir brauchen jetzt eine genau umgekehrte Politik. Dafür ist Druck von der Straße nötig! (mehr: <http://www.rsz.de/>)

Die Zwangsarbeit kommt wieder ...

... zumindest wenn es nach dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (und anderer Ganoven) geht. Er hat daher auch gleich eine Arbeitspflicht eingefordert. Übersetzt heißt das: nur wer jeglicher, „auch niederwertiger Arbeit“ nachgeht, bekommt auch Geld. Ohne Arbeit kein Geld. Wenn Du demnächst zum Jobcenter musst, wird Dir kein Antrag auf den Tisch gelegt, sondern ne Schippe.

Die ganze Debatte kommt gerade jetzt auf den Tisch, weil man mit deutlich mehr Empfängern rechnet und damit mehr Sozialausgaben. Und das will man sich nun bei den Betroffenen zurück holen, aber nicht bei den Verursachern.

Soziale Brandstifter, wie Roland Koch gehören hinter Gitter. Wer Hartz IV-Bezieher zu Zwangsarbeit verpflichten will, vernichtet die noch existenten sozialversicherungspflichtigen Jobs, von denen

man sich und seine Familie ernähren kann. Der Wettlauf um die billigste Arbeitskraft führt aber nur dazu, dass die großen Konzerne noch mehr Profite einheimsen. Die Zocker an den Börsen sind wieder aktiv. Schon jetzt werden Stammebelegschaften gegen Leiharbeiter ausgetauscht. Wer für den Hartz-IV-Satz einer vollwertigen Arbeit nachgehen muss, der wird einfach nur ausgebeutet.

Diese Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen, das ist das Ziel der Kommunisten. Das schaffen wir aber nicht allein. Wir verstehen uns nicht als Stellvertreter für die Menschen, nein, wir kämpfen mit den Menschen gemeinsam. Wir sind keine Politiker wie man sie sonst kennt. Wir unterstützen wo wir können, aber nur gemeinsam werden wir es schaffen die Verhältnisse zu verändern. Dafür ein herzliches Willkommen, tretet ein!

DKP verteilt vor ARGE regelmäßig Überlebenshandbuch



Mit dabei, Patrik Köbele DKP Essen

Nicht zuletzt angesichts der angekündigten weiteren Verschärfungen der Arbeitsgesetzgebung durch die reaktionäre Regierungskoalition führte und führt die DKP Essen an jedem ersten Montag im Monat einen Informationsstand vor der Essener Zentrale der Agentur für Armut durch. Denn die Hartz IV-Opfer werden immer öfter mit erniedrigenden Lebensmittel-Gutscheinen abgespeist. Diesen und andere Missstände aufgreifend, verteilen die Essener Kommunistinnen und Kommunisten aktuelle Informationen und ein „Überlebenshand-

buch“ zum Umgang mit der ARGE Essen mit nützlichen Tipps wie z. B.:

- Niemals allein zur ARGE gehen! Jeder kann jederzeit zu jedem Termin (auch bei ärztlichen Untersuchungen) einen Beistand mitnehmen. Beistände dürfen nicht zurückgewiesen werden.

- Quittung nicht vergessen! Anträge liegen angeblich nicht vor, Mietbescheinigungen wurden angeblich nie eingereicht und usw. Man bringt die einzureichenden Originale und eine Fotokopie davon mit. Auf der Kopie wird von der ARGE der Eingang bestätigt.

Oder auch:

- Listen von Beratungsstellen
- nützliche Internetadressen
- Wie bekomme ich kostenlose Rechts-hilfe?
- Informationen über Miete und Heizkosten

Das Überlebenshandbuch kann man auch bei der DKP Essen in der Hoffnungstraße 18 bekommen, oder sich von der DKP-Internetseite: www.dkp-essen.de herunterladen?

Termine

MASCH: (maschessen@aol.com)

Ist der Sozialismus machbar?

Donnerstag, 18. März 2010, 19:30 Uhr
Referentin: Prof. Dr. Nina Hager, Berlin, stellvertretende Vorsitzende der DKP, Mitglied der Redaktion der Marxistischen Blätter.

Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Marxistische Parteitheorie

Donnerstag, 10. Juni, 19:30 Uhr
Referent: Dr. Hans-Peter Brenner, Bonn, Psychologe, Autor der UZ und der Marxistischen Blätter, deren Herausgeberkreis er angehört.

Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

DKP Termine:

Mitgliederversammlung der DKP Steele
Bürgerhaus Oststadt, 19.30 Uhr, 23.2.10 (Jahreshauptversammlung) und 9.3.10

Mitgliederversammlung der DKP Frohnhausen/Holsterhausen, Holsterhauser Hof,
19.30 Uhr, 9.2.10, 9.3.10 und 6.4.10

Mitgliederversammlung der DKP Altenessen, Gaststätte Glückauf, Kalrstr./Bischoffstr., 19.30 Uhr, 9.3.10, 27.3.10, 13.4.10 (Jahreshauptversammlung)
Mitgliederversammlung der DKP Borbeck
(Treff: Telefon 0201/23 56 45)

Mitgliederversammlung der DKP Mitte/Süd, Hoffnungstraße 18, 19.30 Uhr, 9.2.10, 9.3.10 und 6.4.10

Ostermarsch Rhein-Ruhr im 50sten Jahr:

Atomwaffen abschaffen! Afghanistankrieg beenden!
Sonntag, 04.04.2010, Essen, Kennedyplatz:
Fahrradtour mit versch. Stationen (über Gelsenkirchen, Wattenscheid, Herne) zum Bahnhof Bochum-Langendreer
<http://www.ostermarsch-ruhr.de>

29. Antifaschistische Landeskonferenz
ist für den 27. Februar in Duisburg Internationale Zentrum am Flachmarkt 15 geplant. Näheres und Anmeldung unter:
http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0593_landeskonf2010.htm

Internationaler Frauentag 2010



Kohle - Kappes - Klassenkampf

7 Jahrzehnte Frauenpower an Ruhr und Emscher
Eine kulturelle Zeitreise

7. März um 12.00 Uhr
(Einlass 11.30 Uhr)

Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100.

Eintritt: 5 €, ermäßigt 3 €.

**Eine Veranstaltung des
Frauenarbeitskreises
der DKP Essen**

DKP



**Matinee:
KünstlerInnen für
den Frieden**

Sonntag, 21.03.2010
11.00 – 14.00 Uhr,
Lichtburg Essen

**Eine bunte Mischung aus Klassik,
Rock, Chanson und Kabarett**
mit Manni Breuckmann, Moderation
Konstantin Wecker • Stoppok •
Susanne Zinsius Trio • Till Engel • Der
andere Chor, Herdecke • Männer-
schmerz • Bettina Wegner • Helios
Ensemble

www.friedenskultur2010.de

Schüler geprügelt für den Konsum

Die Bezirksvertretung I befasste sich mit der Einkesselung und den Prügeln gegen Schüler und Studenten, die in Essen im November 2009 für bessere Bildung demonstrierten. Die DKP war daran beteiligt und findet die Forderungen der Jugend richtig. Der Vertreter der Polizei nannte z. B. als Begründung für die Repression, dass die Menschen beim Einkaufen hätten gestört werden können. Offenbar zählt das Grundrecht auf Demonstration weniger, als der ungestörte Zugang zu Einkaufstempeln. In der Essener Innenstadt gelten Grundrechte weniger, als der Willen der Essener Marketinggesellschaft (EMG), die mittlerweile darüber bestimmt, wo demonstriert wird und wo Informationsstände stattfinden.